



JuLis Münster fordern:

Verschuldungsverbot im Grundgesetz verankern

Münster. „Generationengerechtigkeit beginnt mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik. Weil die Politiker hier seit Jahren unter Beweis stellen wie kurzfristig sie denken, müssen neue Schulden grundsätzlich verboten werden!“ fordert die Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen Münster (JuLis), Petra Pabst. Unterstützt werden die JuLis dabei vom FDP-Bundestagsabgeordneten Daniel Bahr.

In dem einstimmig beschlossenen Leitantrag „Keine Neuverschuldung – Schuldenabbau vorantreiben“ fordert der Kreiskongress ein grundsätzliches Verschuldungsverbot für den Bundeshaushalt im Grundgesetz. Lediglich in schweren Notlagen soll mit Zustimmung von 2/3 der Mitglieder des Deutschen Bundestags die Aufnahme von Schulden erlaubt sein, jedoch nicht ohne einen Kompensationsplans, der die Rückführung der Schulden plant. „Die aktuell sinkende Neuverschuldung ist der größten Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik zu verdanken,“ referierte Bahr zu Beginn der Beratung. „Statt die Ausgaben zu verringern werden trotz Steuererhöhung und guter konjunktureller Lage immer noch Schulden aufgenommen.“

Doch auch im Hinblick auf die Finanzbeziehung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sehen die JuLis Münster Handlungsbedarf. Zur Lösung der Finanzkrise schlagen die JuLis die Rückführung von Bürokratiekosten, eine Veränderung des kommunalen Finanzausgleichs sowie die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips nach dem Motto „Wer bestellt, bezahlt“ vor.

Außerdem beschäftigten sich die JuLis auf ihrem Kongress mit der Arbeitslosenversicherung. Eine Ausweitung der Bezugsdauer über zwölf Monate hinaus, wie gerade von der großen Koalition beschlossen, lehnte der Jugendverband ausdrücklich ab. Stattdessensollen Beitragsrückerstattungen eingeführt





JULis

Junge Liberale



Pressemitteilung

Münster, den 18. November 2007

www.julis-ms.de

werden. Diese würden dann allen Arbeitnehmern zu Gute kommen, wenn sie Leistungen über einen längeren Zeitraum nicht in Anspruch genommen haben. Die JuLis erhoffen sich hiervon insbesondere eine gerechtere Finanzierung als im aktuellen Beschluss der Bundesregierung. „Offensichtlich hat Bundesminister Glos einen Goldesel gefunden, anders kann man nicht erklären wie systemimmanent eine Entlastung älterer Arbeitsloser ohne eine Belastung Jüngerer funktionieren soll“ ärgert sich Pabst. „ Das ist gezielte Irreführung der Wähler!“

Zusätzlich beschlossen die JuLis Münster mit der Einführung eines Parlamentsplebiszits im Bund eine direktere Bürgerbeteiligung zu konkreten Sachfragen.

Weitere Informationen unter www.julis-ms.de



JULis



> Ihr Ansprechpartner:
Jörg Wischinski
Mobil: 0179 / 6623110
E-Mail: presse@julis-ms.de
> Junge Liberale Münster
www.julis-ms.de